Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Mittwoch, den 20. Mai 1925.

Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 60.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109, Hof rechts. Tel. 36-90. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat Mai beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

Deutschland und Polen.

Eine Rede Stresemanns. Gegen eine Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze.

Im Reichstage hat Außenminister Stresemann ein Exposé über die außenpolitische Lage gehalten. Bemerkenswert sind die Abschnitte, die Frankreich und Polen betreffen. Stresemann wies darauf hin, daß die französische Note in der Abrüstungsfrage für Deutschland sehr schwere Bedingungen enthalten werde, denn Frankreich suche einen Druck auszuüben, damit auch Deutschland die Ostgrenzen garantiere.

Was die polnischen Grenzen anbetrifft, so erklärte Stresemann, daß sich Deutschland mit keinem Garantiepakt einverstanden erklären könne, der eine neue Anerkennung der Grenzen mit Polen bedeuten würde. Stresemann wies als böswillige Unterschiebung die Ausführungen der polnischen Presse zurück, in denen sie Deutschland ein aggressives Vorgehen gegenüber Polen zur Last legte. „Die polnische Presse", heißt es in der Rede, „stellte sogar fest, daß Deutschland eine vierte Teilung Polens und einen Ueberfall auf den Nachbar im Osten beabsichtige. Man warf uns dies deshalb vor, weil wir die polnischen Grenzen aus begreiflichen Gründen nicht in den Garantiepakt mithineinbezogen hatten. Die Erklärung, daß Deutschland in seiner Denkschrift gegen Polen hervorgetreten sei, muß jedoch als eine offensichtliche Fälschung angesehen werden. Meiner Ansicht nach schaffen Verträge, die mit einer Reihe von Staaten abgeschlossen werden, ein hervorragendes Mittel zur Sicherung des Friedens. Wir machen durchaus kein Geheimnis aus unseren Absichten bezüglich der Ostgrenzen. Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der zugeben würde, daß die Ostgrenzen gerecht und nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogen worden seien."

Die Rede Stresemanns hat in der gesamten Presse des In- und Auslandes ein lautes Echo gefunden. Die überaus klare Erklärung hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenzen dürfte auch in Frankreich nicht ohne Eindruck geblieben sein. Ob es staatsmännisch klug war, daß Stresemann sein Exposé vor der Absendung der Note in der Abrüstungsfrage gehalten hat, lassen wir dahingestellt sein.

Die Todesurteile in Sofia

Das schwere und unmenschliche Verbrechen in der Kathedrale mußte seine Sühne finden, und wenn nach einem rechtmäßigen durchgeführten Gerichtsverfahren ein wirklich unabhängiges Gericht die schwersten Strafen ausgesprochen, so könnte man für die Attentäter nur Milde und Gnade fordern, und sogar dazu hätten nur die ein Recht, die grundsätzliche Gegner der Todesstrafe und des Terrors sind. Acht Todesurteile für die Vernichtung von hundertvierzig Menschenleben, unter denen es gewiß viele gegeben hat, die sogar in keiner politischen Feindschaft mit den Terroristen standen, das scheint auf den ersten Blick nicht einmal eine zu grausame Strafe zu sein, wenn die Strafe die wirklichen Täter trifft. Aber auch in diesem Falle müßte und sollte sich die Stimme der Menschlichkeit erheben und Gnade für die Verurteilten fordern, denn der Staat sollte doch nicht mit denselben barbarischen Mitteln gegen seine Feinde vorgehen, deren Gebrauch er eben ahnden will.

Was in den fünf Tagen, die der Prozeß dauerte, in der Artilleriekaserne geschah, entzieht sich in vielem der Kenntnis der Oeffentlichkeit. Es ist eine Brief- und Telegrammzensur eingeführt und der Terror lastet auch sonst so schwer auf dem ganzen Lande, daß auch ohne solche Maßnahmen keine treue Berichterstattung möglich wäre. Aber was durchgesickert ist, stellt die bulgarische Militärjustiz in ein eigentümliches Licht. Die Bulgarische Telegraphenagentur meldete vor einigen Tagen: „Abadschiew, Grantscharow, Petrini, Kossowski, Dimitrow wurden in ihrer Abwesenheit zum Tode durch den Strang verurteilt." In einem Bericht vom ersten Verhandlungstag lesen wir aber, daß, als die Angeklagten aufgerufen und ihre Namen verlesen wurden, der Notar dem Vorsitzenden antwortete: „Die gibt es nicht mehr" und lachte dabei. Die sind also schon früher ermordet worden und nun setzt sich das Gericht hin, dem diese Tatsache natürlich ebenso bekannt ist wie dem Notar und allen Zeitungsberichterstattern und verurteilt sie zum Tode. Um die Morde zu legalisieren, wird eine Komödie aufgeführt.

Es sind acht Todesurteile gefällt worden, fünf sind schon von den Weißterroristen vollstreckt worden und es sind also eigentlich drei Verurteilte da, um deren Leben es geht. Unter diesen befindet sich neben dem Sakristan und dem Koew, dessen Verbrechen darin bestand, daß er Minkow, dem Organisator des Attentats, Unterschlupf gewährte, der Advokat Marko Friedmann. Dieser sagte vor dem Gericht: „Ich bin Kommunist und der Kommunismus ist mir heilig. Aber der Anschlag war ein Wahnsinn und kein Politiker kann ihn gutheißen. Ich erkläre, daß ich an dem Attentat gegen die Kathedrale nicht beteiligt war und daß ich auch nicht Mitglied des kommunistischen Zentralkomitees war. Aber ich bekenne es, daß es in Bulgarien keine andere Kampfmethode als die illegale geben kann. Die Einheitsfront ist das einzig Mögliche. Zwischen dieser Politik und den einzelnen Verbrechen aber, die auf beiden Seiten begangen wurden, gibt es überhaupt keinen Zusammenhang. Ich bin Kommunist, aber weder ein Attentäter noch ein Terrorist. Ich bin einfach ein illegaler Kommunist, was ich auch hier offen bekenne, und täte ich dies nicht, dann würde ich ein unwürdiger Anhänger meiner Klasse sein, wenn ich in diesem Augenblick meine Ueberzeugung verleugnen würde." Dann bat er in seinem Schlußwort, daß er bei etwaiger Todesstrafe nicht gehängt, sondern erschossen werde, denn sagte er: „Ich bin gewohnt, dem Tod ins Gesicht zu blicken." Als seinen letzten Wunsch bezeichnete er, seine Frau noch sehen zu können, die sich ebenfalls in Haft befinde. Auch der Angeklagte Koew, der seine Unschuld betonte, wünschte als letzte Gnade, daß er erschossen werde.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dies die Sprache von fanatischen Revolutionären, aber nicht gemeinen Verbrechern ist und man sollte dieser moralischen Eigenschaften im Angesicht des Todes doch Rechnung tragen. Um so mehr, weil der Prozeß den ganzen politischen Hintergrund der bulgarischen Wirren beleuchtet hat. Es ist fälschlich angenommen worden, daß die aufständische Bewegung nur aus Moskau geschürt wurde. Eine ganze Anzahl von Zeugen bekundete es, daß die serbische Regierung ihre Hände mit im Spiel hatte. Allerdings, so oft die Sprache auf diese Verbindung kam, wurde die Verhandlung geheim erklärt und die Oeffentlichkeit ausgeschlossen!

Dies alles sind Gründe, die es der bulga-

Sie fordern den Rücktritt Ratajskis...

Bei der entscheidenden Abstimmung aber fehlen sie.

Als der Präsident der Stadt Posen, Ratajski, zum Innenminister berufen wurde, da hoffte man, daß er die brennende Frage der Selbstverwaltungskörperschaften regeln würde. Diese Hoffnung war umsomehr berechtigt, als Ratajski der Ruf eines hervorragenden Kommunalpolitikers vorausging.

Von seiner großen Sachkenntnis in Selbstverwaltungsfragen hat man während seiner Amtstätigkeit jedoch nichts gemerkt. Das große Sterben der Selbstverwaltungskörperschaften drängt einem vielmehr noch die Ansicht auf, daß Ratajski nicht nur ruhig zusah, wie in den verschiedensten Städten Regierungskommissare eingesetzt wurden, sondern daß er selbst ein Anhänger der Zwangsverwaltung ist. Es läßt ihn ganz kalt, daß allein in Kleinpolen 2400 Regierungskommissare die Tätigkeit der Selbstverwaltungskörperschaften in Städten und Gemeinden ausüben. Es kümmert ihn auch nicht, daß in Krakau seit 10 Monaten ein Regierungskommissar die Gewalt ausübt, wodurch die Bürgerschaft jeglichen Einflusses auf die Stadtgeschäfte beraubt wird.

Herr Ratajski hat während seiner halbjährigen Amtszeit auch nicht einmal den Versuch zur Rettung der Selbstverwaltungen gemacht. Die Versprechungen, die er gemacht hat, denkt er nicht einzulösen.

Der „Robotnik" schreibt dazu: „Die Erwartungen, die in Ratajski gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt, ebenso hat sich die Hoffnung der Bevölkerung nicht erfüllt, daß Grabski endlich von seinem Posten zurücktritt, den auszufüllen er nicht vermag. Es blieb bei der alten Schlamperei. Die einzige Sorge des Ministers ist jetzt, einen neuen Kandidaten für den Posten eines Regierungskommissars der Stadt Krakau zu finden! Das soll das Wiedererwecken der städtischen Selbstverwaltung sein!"

So weit der „Robotnik".

Daß außer der P. P. S. noch andere Parteien mit Ratajski unzufrieden sind, hat ja am besten die Aussprache über das Budget des Innenministeriums bewiesen. Gegen Ratajski wurden die heftigsten Angriffe gerichtet. Die Weißrussen und Ukrainer machten ihn für die Polizeiherrschaft in den Grenzgebieten verantwortlich. Von den Juden rechnete Abg. Grünbaum mit ihm ab. Sogar die N. P. R. hatte einen scharfen Vorstoß unternommen.

Dadurch, daß die N. P. R. sich gegen Ratajski ausgesprochen hatte, bot sich die Gelegenheit, Ratajski zu stürzen. Diese Gelegenheit blieb unausgenützt, denn die, die am lautesten den Rücktritt Ratajskis forderten, fehlten bei der entscheidenden Abstimmung. Und so blieb Ratajski mit 18 Stimmen Mehrheit Innenminister.

Es galt, mit der Politik der Unfähigkeit, der Unterdrückung und Verfolgung zu brechen. Um dies zu erreichen, hätten die P. P. S. und die Minderheiten unbedingt auf dem Posten sein müssen. Doch dies war nicht der Fall. Ihre Reihen waren gelichtet. Es fehlten nicht nur einige Abgeordnete von der P. P. S., sondern auch zahlreiche Ukrainer und Juden. Auch die Deutsche Sejmvereinigung war nicht vollzählig vertreten.

Da solch günstiges Kräfteverhältnis wie bei dieser Abstimmung — auch Abgeordnete der Rechtsparteien fehlten — sich nicht so bald bieten wird, so wird uns Ratajski durch die Schuld der P. P. S. und der Minderheiten durch seine segensreiche Tätigkeit noch weiterhin beglücken.

rischen Regierung nahelegen sollten, doch Milde walten zu lassen und sie sollte auch durch die Stimme der gesitteten Welt dazu veranlaßt oder wenigstens angespornt werden. Dies um so mehr, weil das unverantwortliche Morden ihrer Leute im ganzen Lande weiter geht. Nur aus der Chronik der letzten Tage einige Tatsachen.

In Nova Zagora wurde der kommunistische Abgeordnete Petko Enel verhaftet und bei der Ueberführung nach Sofia erschossen. Der Führer der bulgarischen Bauernbündler, Gomcarow, wurde im Dorfe Drvenica bei Sofia entdeckt und getötet. In Plovdiv verhaftete die Polizei den lang gesuchten Bauernbündler Dimitrij Kucew. In Hlaskovo wurden drei Kommunisten, Kamlirow, Dzakow und Pawlow verhaftet und dem Platzkommando eingeliefert. Kamlirow enthüllte alle Machenschaften der Kommunisten und wurde in der Nacht von den beiden andern durchs Fenster hinausgeworfen, so daß man ihn am Morgen zerschmettert vor dem Gebäude fand. Die beiden andern wurden am folgenden Tage während der Eskorte wegen Fluchtversuchs erschossen. war.

Der sitzfeste Thugutt.

Gestern fand eine Sitzung der Ministerialsektion für die Fragen der Minderheiten in den Grenzgebieten statt. In dieser Sitzung sollte es zwischen Thugutt einerseits und den anderen Mitgliedern andererseits zu scharfen Meinungsverschiedenheiten kommen, in deren Folge Thugutt dimissionieren sollte. Die gesamte Warschauer Presse erwartete die Demission. Spät am Abend platzte die Bombe. Das Kommunique erklärte, daß die Beratungen für geheim erklärt und daß alle Mitglieder der Sektion einstimmige Beschlüsse gefaßt haben.

Der Klebstoff, der Thugutt hält, scheint Vorkriegsware zu sein.

Der Wirtschaftsrat soll Gesetze begutachten.

In Warschau fand eine Sitzung von Vertretern der Wirtschaftskreise statt, auf der über das Organisationsstatut des Wirtschaftsrats beraten wurde. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Grabski. Von verschiedenen Rednern wurden Bedenken hinsichtlich des Tätigkeitsfeldes des Wirtschaftsrats geäußert. Abg. Moraczewski wies darauf hin, daß es nicht angängig sei, alle Gesetzesentwürfe, die das Wirtschaftsleben betreffen, dem Wirtschaftsrat zur Begutachtung zu unterbreiten, denn dann müßte ja dem Wirtschaftsrat das gesamte Budget des Staates zur Begutachtung vorgelegt werden.

Von anderer Seite machte man Grabski aufmerksam, daß er durch die Bildung des Wirtschaftsrates eine Institution schaffe, die in die Kompetenz des gesetzgebenden Sejm greift. Abg. Wierzbicki sprach sich für den Wirtschaftsrat aus. Er forderte, die Erhöhung der Mitgliederzahl des Wirtschaftsrats auf 124.

Sollte dieser Forderung stattgegeben werden, so würde erneut ein sehr schwerfälliger Apparat geschaffen werden, dessen Zweckmäßigkeit wir nicht einsehen können.

Französische Versuchsballons?

Ein angeblicher deutscher Vorschlag: Anschluß Oesterreichs gegen Sicherung der polnischen Grenze.

Mehrere Pariser Blätter veröffentlichen in großer Aufmachung eine römische Meldung, in der behauptet wird, daß Deutschland den Wünschen Frankreichs und der Kleinen Entente über die Einbeziehung der deutschen Ostgrenze in das Garantieangebot entsprechen wolle, wenn die Alliierten ihren Widerstand gegen die Angliederung Deutschösterreichs fallen ließen. Man sieht darin einen französischen Versuchsballon, der aber insofern ernst genommen wird, als die Angaben der römischen Blätter bereits seit einiger Zeit in diplomatischen Kreisen kursieren. Soweit die Blätter dazu Stellung nehmen, geschieht das in scharf ablehnender Weise.

Der „Petit Parisien" weist zum Beispiel die angeblichen deutschen Vorschläge als Verletzung des Friedensvertrages von ungewöhnlicher Tragweite zurück. Deutschland würde durch die Angliederung Oesterreichs nicht nur an Gebiet und Einwohnern ebensoviel gewinnen, als es durch Abtretung von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien und Polen erlitt, sondern zugleich seinen Traum nach Beherrschung Mittel- und Osteuropas verwirklichen. Darüber hinaus habe Deutschland offenbar die Absicht, die Alliierten zu spalten und die Annäherung zwischen der Tschechoslowakei und Polen zu hintertreiben. Mit diesen Absichten gebe man sich in Berlin Illusionen hin, denn weder die Große noch die Kleine Entente würden dem Anschluß zustimmen.

In Berlin wird zu diesen Nachrichten erklärt, daß von einem deutschen Vorschlag dieser Art nicht gesprochen werden könne, solange die Antwort von den Alliierten auf das Garantieangebot erfolgt sei. Erst nach dem Eintreffen dieser Antwort könne Deutschland erneut Stellung zu dem Garantiepakt nehmen. Bekanntlich sind Frankreich und England noch immer mit der Abfassung der Antworten beschäftigt. Deshalb ist man auch in Berliner politischen Kreisen der Meinung, daß obige Meldung nur als Versuchsballon zu werten sei. Frankreich wolle wissen, wie Deutschland reagieren würde, falls man dem Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland keine Hindernisse in den Weg legen würde.

Der Danziger Briefkastenstreit.

Salomonisches Urteil des Weltschiedshofes.

Im großen Rechtssaal des Friedenspalastes wurde das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes im Danzig-polnischen Poststreit in Anwesenheit zahlreicher Diplomaten, darunter auch des Danziger und des polnischen Gesandten in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben. Die Verlesung fand in englischer Sprache statt und dauerte 1¾ Stunden. Das Gutachten beschränkt in 41 Seiten langen Rechtsausführungen den polnischen Anspruch hinsichtlich des polnischen Postdienstes auf den Hafen von Danzig, dessen Gebiet jedoch nicht abgegrenzt wurde, so daß der Völkerbund die Hafengrenze festzulegen haben wird.

Im Hafen von Danzig habe der polnische Postdienst das Recht, Briefkasten anzubringen, Postsachen einzusammeln und zu verteilen, jedoch außerhalb des Hevelius-Platzes, und so, daß die Benutzung dieses Postdienstes durch das Publikum zulässig sei.

Die Danziger Presse ist mit der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts unzufrieden, da es die Danziger Hoheitsrechte einschränke und zahlreiche strittige Fragen ungeregelt lasse. Die „Danziger Zeitung" weist darauf hin, daß die polnische These nicht in der Weise gesiegt habe, wie dies die polnische Presse behauptet, denn der Schiedsspruch sage ausdrücklich, daß Polen nur auf dem Gebiete des Danziger Hafens eine eigene Post unterhalten dürfe.

Hindenburg will ein gutes Gehalt

In der Reichstagskommission wurde über einen Antrag der Rechtsparteien beraten, das Gehalt für Reichspräsidenten Hindenburg auf 120 000 Goldmark jährlich zu erhöhen. Ebert erhielt 54 000 Goldmark. Der Antrag wurde insofern abgelehnt, daß das Gehalt auf 60 000 Goldmark abgerundet wurde.

Amerika fordert sein Geld.

Das Weiße Haus hat an seine Schuldner eine Note gerichtet, in der es Bezahlung der Schulden fordert. Im Zusammenhange damit wurde folgende Schuldenliste veröffentlicht. Zu den Summen kommen Zinsen vom 31. Dezember hinzu.

Frankreich 4 136 222 354 Dollar
Italien 2 097 347 121 Dollar
Belgien 471 823 713 Dollar
Polen 178 559 999 Dollar
Tschechoslowakei 165 523 439 Dollar
Jugoslawien 64 139 050 Dollar
Rumänien 45 605 447 Dollar
Griechenland 17 250 000 Dollar
Lettland 6 389 092 Dollar.

Finnland hat seine Schuld von 8 655 000 Dollar bekanntlich schon bezahlt.

Im Zusammenhange mit dieser Note haben einzelne Staaten Schritte unternommen, um die Endtermine der Schulden aufzuschieben. Besonders weist Frankreich darauf hin, daß es sich in der Sanierungsarbeit befindet und jetzt nicht zahlen kann.

Die Selbstmordepidemie in Wien.

Am Sonnabend und Sonntag verübten in Wien 19 Personen Selbstmord. Unter den Selbstmördern befinden sich Jugendliche von 16 bis 20 Jahren und eine Anzahl von Schülern.

Wieder ein Grubenunglück in Dortmund.

45 Tote und gegen 30 Verwundete.

In einem Stollen der Kohlenbergwerke von Dortmund ist eine heftige Grubenexplosion erfolgt. Gegen 200 Arbeitern war der Rückzug versperrt. Den Bemühungen der Rettungsmannschaften gelang es, über 150 Arbeiter zu retten, von denen gegen 30 leichtere oder schwerere Verletzungen davongetragen haben. 41 Arbeiter konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Von den Verwundeten sind im Krankenhause noch 4 verschieden, so daß sich die Gesamtzahl der Toten auf 45 erhöht.

Die Ursachen der Explosion konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Man nimmt Zersetzung von Sprengstoffen an.

Die nächste Nummer der Lodzer Volkszeitung erscheint des Himmelfahrtstages wegen bereits morgen, Mittwoch.

Um die Wiedereinsetzung des Vizebürgermeisters Bengsch

Interpellation

des Abg. Kronig und Gen. an den Herrn Ministerpräsidenten und Minister des Innern in Sachen der unbegründeten und rechtswidrigen Amtssuspendierung des Vizebürgermeisters der Stadt Alexandrow.

Im Oktober v. Js. wurde der Vizebürgermeister der Stadt Alexandrow, Alexander Bengsch, von seinem Amte suspendiert. Die Suspendierung wurde von dem Starosten des Lodzer Kreises auf Grund des Schreibens der Lodzer Wojewodschaft vom 30. September v. Js. unter Nr. 2056 angeordnet. In diesem Schreiben teilte die Lodzer Wojewodschaft dem Kreisausschuß mit, daß der Staatsanwalt des Bezirksgerichts in Lodz auf Grund des Art. 108 des Strafgesetzbuches eine Untersuchung gegen Alexander Bengsch eingeleitet habe, dem vorgeworfen wird, zur Zeit der Okkupation zum Schaden des polnischen Volkes gewirkt zu haben; die Einleitung der Untersuchung erfolgte auf Grund schriftlicher Anzeigen einer Gruppe von Stadtverordneten und Bürgern der Stadt Alexandrow sowie des Ergebnisses der durch das Kommando der Staatspolizei durchgeführten Ermittelungen.

In mehrfachen Interventionen in der Wojewodschaft und der Starostei wurde die Aufmerksamkeit der Behörden auf den Umstand gelenkt, daß die gegen Bengsch erhobenen Vorwürfe unbegründet seien, daß die ganze Aktion im Parteikampf und Nationalitätenhaß ihren Ursprung habe und es einzig und allein darum gehe, Bengsch wegen seiner Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität aus dem Amte des Vizebürgermeisters zu verdrängen. Es wurde auch auf eine andere Ursache der gegen Bengsch gerichteten Angriffe hingewiesen, nämlich darauf, daß die Anzeige aus einem Kreise von Leuten stammt, die dem früheren Magistrat nahestehen und es Bengsch nicht verzeihen konnten, daß er gleich zu Beginn seiner Tätigkeit die von diesem Magistrat verübten Mißbräuche aufgedeckt hatte. Ungeachtet dieser Aufklärungen haben die Behörden die Suspendierung nicht zurückgezogen, so daß man allgemein den Eindruck gewinnen konnte, daß die maßgebenden Verwaltungsorgane die chauvinistischen Bestrebungen einer gewissen Gruppe der Bevölkerung unterstützten und die sich bietende Gelegenheit gern wahrnahmen, um einen Staatsbürger deutscher Nationalität von dem Amte zu verdrängen, zu dem ihn der Wille des Volkes berufen hat.

Daß die Tendenz der Verwaltungsorgane in dieser Richtung ging, beweist unzweifelhaft der Umstand, daß die Behörden sich zwecks Verdrängung des Bengsch eines offenen Rechtsbruches schuldig gemacht haben. Der Art. 8 des Dekrets über die städtische Selbstverwaltung vom 4. 2. 1919 regelt die Angelegenheit der Suspendierung wie folgt:

„Ein Gemeindeglied, das auf Grund von Wahlen ein Amt bekleidet, wird vom Amte suspendiert, wenn es für Vergehen, die den Verlust des passiven Wahlrechts nach sich ziehen, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wird."

Die Verwaltungsbehörden haben es ungeachtet der klaren Bestimmung des Gesetzes nicht für nötig erachtet, das Ergebnis der vom Staatsanwalt eingeleiteten Untersuchung abzuwarten, sondern haben Bengsch vom Amte suspendiert, obwohl dieser noch nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden war. Dieses rechtswidrige Vorgehen erscheint in einem noch grelleren Lichte, wenn man in Betracht zieht, daß Bengsch auch weiterhin überhaupt nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurde. Im weiteren Verlauf der Angelegenheit erwies es sich nämlich, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vollständig unbegründet waren, denn die Klage wurde vom Bezirksgericht in Petrikau auf Antrag des Staatsanwalts abgewiesen.

Die Verwaltungsbehörden haben durch ihr skandalöses Verhalten Bengsch ohne jeden Grund an der Ausübung seines öffentlichen Amtes gehindert, zu dem ihn das Volk berufen hatte; sie haben ihm dadurch die Erfüllung der Pflicht unmöglich gemacht, die der Art. 93 der Verfassung jedem Staatsbürger auferlegt. Anstatt über die Ausführungen der Verfassung zu wachen, haben die Verwaltungsbehörden in diesem Falle die Bestimmungen derselben mit Füßen getreten. Sie haben Bengsch seines Rechtes beraubt, weil er der deutschen Nationalität angehört. Ungeachtet dessen, daß der Art. 96 die rechtliche Gleichheit aller Bürger festlegt und verbürgt, daß die öffentlichen Aemter in gleichem Maße für alle zugänglich sein sollen. Nicht genug damit, denn die Behörden haben die Suspendierung bis jetzt noch nicht zurückgezogen, obwohl das Gericht die Angelegenheit schon im März d. Js. niedergeschlagen hat. Aus der ganzen Angelegenheit geht klar hervor, daß die staatlichen Verwaltungsorgane sich als Werkzeug nationalistischer Machinationen haben gebrauchen lassen.

Angesichts der geschilderten Vorgänge fragen die Unterzeichneten den Herrn Ministerpräsidenten sowie den Herrn Minister des Innern an:

1) Ist er bereit festzustellen, wer die Schuld trägt an der unbegründeten und rechtswidrigen Amtssuspendierung des Vizebürgermeisters Bengsch?
2) Ist er bereit, die Schuldigen streng zu bestrafen und die ihm unterstellten Behörden von der Notwendigkeit zu belehren, sich an die Vorschriften des geltenden Rechts zu halten?
3) Ist er bereit, die sofortige Zurückziehung der Suspendierung anzuordnen und Bengsch in das Amt des Vizebürgermeisters wieder einzusetzen?

Warschau, den 15. Mai 1925. Die Interpellanten.

Lokales.

Arbeitslosenunterstützungen. Die neue Rate der Unterstützungen für die Zeit vom 11. bis 17. Mai einschließlich, wird ausgezahlt:

Am Mittwoch im Büro	1, 2	von Nr.	2401—3000
„ „	3	„ „	1201—1800
„ „	4	„ „	2201—2750
„ „	1a 2a	„ „	3001—3600
„ „	4a	„ „	2751—3300

Die Arbeitslosen müssen den Personalausweis, das Abrechnungsbuch, Legitimation und Unterstützungstalon besitzen.

Zu den Kündigungen der städtischen Angestellten. Wie bekannt, hat der Magistrat alle seine Angestellten zum 1. Juli gekündigt, um, wie es heißt, der Verordnung des Staatspräsidenten über Anpassung der Gehälter der Kommunalbeamten zu den Gehältern der Staatsbeamten Genüge zu leisten. In Wirklichkeit befürchten die Beamten die Entlassung und haben den Magistrat in Verdacht, seine parteiliche Angestelltenpolitik bei dieser Gelegenheit zu betreiben. Aus diesem Grunde begab sich eine Delegation der Beamten zu Innenminister Ratajski. Der Minister erklärte, daß die Kündigungen nicht rechtmäßig erfolgt sind und die Dienstpragmatik eingehalten werden müsse. Außerdem ordnete er an, daß die Angelegenheit der Wojewodschaft übertragen werden soll, damit diese die Interessen der geschädigten Angestellten wahre. Angesichts dieser Stellungnahme des Ministers hat der Verband beschlossen, den beabsichtigten Streik zu vertagen.

Die Budgetdebatten im Stadtrat wurden in der gestrigen Sitzung fortgesetzt. Es wurde das Budget der Schulabteilung beendet, wobei die Schöffen Kruczkowski und Hajkowski auf die Reden der Opposition eingingen. Die Forderungen der D. A. P. wurden mit keinem Wort erwähnt.

Nach diesem Budget wurde das Budget der städtischen Unternehmungen und der **Gasanstalt** verabschiedet. Bei dem letzten Budget stellte die P. P. S. den Antrag, den Vertrag mit dem Elektrizitätswerk zu revidieren. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nächste Sitzung Montag.

Die Schulferien werden, wie das Schulkuratorium angeordnet hat, vom 15. Juni bis 1. September währen.

Die Reservistenregistrierungen wurden angesichts der gegenwärtig stattfindenden Rekrutierung des Jahrganges 1904 bis zum Juli verschoben.

Neuer Schulbau. Am Sonntag fand die Weihe des neuen Schulgebäudes an der Podmiejskastr. in Chojny statt.

Die Regierung will die Schulden an die Krankenkassen abzahlen. Bekanntlich soll die Regierung nach dem Krankenkassengesetz den Kassen 50 Prozent der Ausgaben für Wöchnerinnen zurückzahlen. Bis jetzt hat aber kein Arbeitsministerium die entsprechenden Summen in das Budget gestellt, obwohl die aus diesem Grunde entstandenen Regierungsschulden enorm sind und bei der Lodzer Krankenkasse allein gegen 700 000 Zl. betragen. Während der dritten Lesung des Staatsbudgets wurde nunmehr der Antrag der Linksparteien angenommen, 500 000 Zloty in das Budget zur Abzahlung dieser Schulden aufzunehmen. In Verbindung mit diesem Beschluß dürften die Krankenkassen sofort Wege unternehmen, um ihre Gelder wenigstens teilweise zurückzuerhalten.

Esten in Lodz. Am Sonnabend weilten estnische Parlamentarier in Lodz, die die Stadt und die Industrie besichtigten. Unter der Delegation befanden sich 4 Sozialdemokraten, die vom hiesigen Bezirkskomitee der Polnischen Sozialistischen Partei zu einem Empfang nach der Wohnung eines Mitgliedes des Lodzer Vorstandes der P.P.S. geladen wurden, um sich mit der Arbeiterbewegung von Lodz bekannt zu machen. An dem Empfang nahm auch Stv. Kuk teil. Der Einladung ist Minister Ast gefolgt, während die drei anderen Sozialdemokraten sich wegen Ermüdung entschuldigen ließen. Minister Ast informierte die Lodzer Sozialisten über die Arbeiterbewegung in Estland, während anderseits die Lodzer Sozialisten Ast mit der hiesigen Bewegung bekanntmachten.

Der Minister erzählte über Estland u. a., daß bei den letzten Parlamentswahlen 70 Prozent der Soldaten für die Sozialdemokraten stimmten. Interessant ist auch der Umstand, daß sich in Estland nur die Deutschen um die kulturelle Autonomie bemühen und zu der Katastereintragung geschritten sind, während die Juden und die Russen diese Autonomie bagatellisieren. Im Parlament besitzen die Sozialdemokraten 24 Prozent der Sitze und bilden mit allen Parteien außer der Partei der Großagrarier eine Regierungskoalition, so daß jede Partei einen oder mehrere Minister in der Regierung hat. Die Minderheiten bilden kaum 5 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die hiesigen Parteivertreter ersuchten Minister Ast, seinen lettischen Parteigenossen die Grüße der hiesigen sozialistischen Organisationen zu überbringen.

Die Lodzer Freiwillige Feuerwehr feierte am vergangenen Sonntag das Fest ihres 49 jährigen Bestehens. Der Gründungstag fiel auf den 14. Mai. Anläßlich der Feier wurde eine ganze Anzahl von Feuerwehrleuten für ihre Verdienste und aufopferungsvolle Mitgliedschaft mit Jetons ausgezeichnet.

Neuwahl der Verwaltung der Kreditgesellschaft. Die vor einigen Wochen gewählte Verwaltung konnte die Arbeiten nicht aufnehmen, da es zwischen den christlichen und jüdischen Mitgliedern zu Unstimmigkeiten kam. Die Christen legten vor einigen Wochen ihre Aemter nieder, so daß die Verwaltung unfähig wurde. Nun haben auch die Juden ihre Mandate niedergelegt. Es ist daher damit zu rechnen, daß demnächst Neuwahlen stattfinden werden.

Dr. Szyfman Direktor des Stadttheaters. Am Sonntag weilte der Warschauer Theaterdirektor Szyfman in Lodz und besichtigte das Stadt- und das Sommertheater. Wie der Magistrat versichert, wird Direktor Szyfman die Direktion des Lodzer Theaters übernehmen.

Nachruf. (Eingesandt.) Gestern wurde im blühenden Jünglingsalter von 19 Jahren Otto Thum, ein aktives Mitglied des hiesigen Turnvereins „Kraft", zu Grabe getragen.

Es gibt in unserem hiesigen großen Turngau wohl keinen, der Otto Thum nicht kannte. War doch der so plötzlich Dahingeschiedene ein Turner von echtem Schrot und Korn: wagemutig und ausdauernd, treu in Kameradschaftlichkeit und Vereinspflichten. Als Wetturner stand Otto Thum in vorderster Reihe. Trotz seiner Jugend ging er schon mehrmals als Sieger hervor, und man darf behaupten; er war z. Z. der beste Gerätsturner des hiesigen Gauverbandes. Die schwierigsten Gipfelübungen überwand er spielend, dabei in so formschöner Körperhaltung, daß es selbst für Nichtturner einen ästhetischen Genuß bedeutete, ihn turnen zu sehen.

Obwohl der Verstorbene beim Turnen, dem er mit ganzem Herzen ergeben war, vor dem größten Wagnis nicht zurückschreckte, blieb ihm hierbei auch der geringste Unfall erspart. In den Osterfeiertagen machte er mit einem Altersgenossen eine Radtour nach Petrikau, zog sich hierbei infolge jugendlicher Unachtsamkeit eine tückische Krankheit zu, die ihn in dieser kurzen Zeit auf das Totenbett streckte. Schicksalslos ...

In Otto Thum verlieren nicht nur die Mitglieder des Turnvereins „Kraft" einen unvergeßlichen Kameraden, auch die Turner aller befreundeten Turnvereine betrauern in ihm einen wackeren Mitstreiter unter dem Banner Turnvater Jahns.

Möge ihm die Erde leicht sein! B. B.

Die Feststellung der Identität des beim Pulvermagazin in Stoki Erschossenen hat anfänglich auf Schwierigkeiten gestoßen. Ein Wawrzyniec Kopa erklärte vor dem Untersuchungsrichter, daß der Erschossene sein Schwager, Piotr Stoszek, ein Einwohner des Dorfes Kurowice, Gem. Czarnocin, und ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit sei, während der Leiter des Nachtasyls an der Lagiewnickastraße, Nowak, behauptet, der Erschossene sei der Bettler Karl Fiedler, Sohn des Wilhelm Friedrich und seiner Frau Wilhelmine Scheibe, evangelischen Bekenntnisses. Nun konnte aber auch dieser Behauptung nicht Glauben geschenkt werden, da man auf der Brust des Erschossenen ein Amulett mit dem Muttergottesbilde fand und bei Evangelischen das Tragen von Amuletts nicht gebräuchlich ist.

Gestern erschienen 14 Personen aus dem Dorfe Kurowice, die feststellten, daß der Erschossene der Landwirt Piotr Stoszek, 41 Jahre alt, ist, der sich nach Lodz begeben hatte, um bei seinen Milchabnehmern die schuldigen Summen einzukassieren. Er kassierte in der Wysoka 18 die Summe von 50 Zloty ein und begab sich zu Fuß nach Hause. Auf den Wegen von Stoki verirrte er sich und kam dem Drahtgeflecht zu nahe, wobei er erschossen wurde. Die Untersuchung dürfte ergeben, ob, da es sich hier um einen Unschuldigen handelt, die Wache den K. auch tatsächlich vor der Gefahr gewarnt hat.

Zum Selbstmord des Soldaten Kurowski. Kurowski wurde wegen Diebstahl eines Ringes zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem er abgeführt wurde, nahm er sich das Leben. Er erklärte, die Schande nicht ertragen zu können.

Von der Schaukel gestürzt. Bei der in der Allee des 1. Mai 39 wohnenden Familie Rabinowicz weilte die 17jährige Hanne Zucker aus Szydlowice zu Besuch. Vor einigen Tagen machte die Zucker mit einigen Freundinnen einen Spaziergang nach dem Konstantynower Wald, um dort zu schaukeln. Zucker, die sehr ausgelassen war und sich rühmte, besser als ihre Freundinnen schaukeln zu können, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte so unglücklich, daß sie auf der Stelle tot war.

Großfeuer. In der Fabrik von Rzepkowicz und Monczek, Pomorskastr. 77, brach am Sonnabend Feuer aus. Den vereinten Bemühungen der fünf ersten Züge der freiwilligen Feuerwehr gelang es, nach dreistündiger Arbeit das Feuer zu lokalisieren. Die Schäden sind beträchtlich. Als Ursache des Feuers wird nachlässiges Oelen der Transmissionen angenommen. Die Fabrik war auf 40000 Dollar versichert. — An demselben Tage brach in der Privatwohnung von Rubin Breitbein, Zakontnastr. 23, Feuer aus, das jedoch bald gelöscht werden konnte.

Aus dem Reiche.

Konstantynow. In unserer Unterredung mit Bürgermeister Gryzel ist uns ein Fehler unterlaufen. Es handelt sich bei der Anleihe nicht um 358 000, sondern um 3 580 000 Zloty.

Alexandrow. Ein dreister Diebstahl. In die Wohnung des in der Pabianickastr. wohnhaften Cerecki drangen spät abends Diebe ein. Die Frau des Cerecki, die in der Wohnung anwesend war, fürchtete sich, um Hilfe zu rufen, so daß die Diebe in aller Ruhe die ganze Wohnung ausräumen konnten. Der Schaden ist beträchtlich. Eine Untersuchung wurde bereits eingeleitet,

Zgierz. Der beleidigte „Rozwój". Das hiesige Friedensgericht verhandelte am Sonnabend über die Klage der hiesigen Abteilung der Gesellschaft „Rozwój" gegen den Industriellen M. E., weil dieser ein Plakat der Gesellschaft unter dem Titel „Die Verjudung" von der Mauer entfernt hat. Die klagende Gesellschaft forderte Bestrafung und Schadenersatz. Der Richter wies die Klage ab und verurteilte den „Rozwój" zur Bezahlung der Gerichtskosten.

Tomaschow. Das 100-jährige Jubiläum des Bestehens ihrer Zunft feiern am 29. Juni die hiesigen Tuchmachermeister.

Warschau. Die Chadecja nimmt von den Arbeitslosen Steuern. Der Warschauer Magistrat hat beschlossen, 50 000 Zloty an diejenigen Arbeitslosen zu verteilen, die keine Staatsunterstützungen erhalten. Der Vertreter des Verbandes der Christlichen Demokraten, Spasinski, hat es übernommen, die Gelder an seine Verbandsmitglieder auszuzahlen. Dabei ließ er sich von jedem Arbeiter 2 Zloty „für die Mühe" zahlen. Die Angelegenheit ist der Polizei übergeben worden.

— Ein Lodzer das Opfer der Lubliner fliegenden Särge. Auf dem Mokotower Flugplatze ist der Lodzer Flieger, Bruno Thiede, abgestürzt. Er führte ein Flugzeug des Badilla-Typs, das in der berüchtigten Lubliner Flugzeugfabrik von Plage und Laskiewicz erbaut wurde. Dem Flieger Thiede wurden beim Absturz beide Beine gebrochen sowie der Kopf schwer verletzt. Thiede wurde in bedenklichem Zustande in das Ujazdower Krankenhaus geschafft.

Sport.

Touring-Club — Wisla 3:0 (3:0)

Der Bezirksmeister „Wisla" hat in Lodz eine empfindliche Niederlage erlitten, obwohl erwähnt werden muß, daß die Krakauer mit einigen Ersatzmännern in den Kampf zogen. Das Uebergewicht der Touristen war so offensichtlich, daß man mit gutem Recht einen zahlenmäßig höheren Sieg erwarten durfte. Wenn das Resultat der ersten Halbzeit in der zweiten unverändert blieb, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Touristen bereits ermattet waren und einige sehr günstige Situationen unausgenützt ließen.

Bei den Gästen war die Stürmerreihe am schwächsten. Die Verteidigung konnte sich sehen lassen. Ihr ist es auch zu danken, daß zahlreiche sehr schön durchgeführte Angriffe der Touristen zurückgeschlagen wurden.

Das Spiel leitete Schiedsrichter Otto.

Für das Publikum war das Ergebnis eine freudige Ueberraschung, obwohl man lieber gesehen hätte, wenn Ł. K. S. den Krakauern diese Schlappe bereitet hätte. A.

Touring-Club II — Kraft II 2:2

Städtekampf Krakau — Warschau.

Der Kampf um den Pokal von Polen, führte die Teams von Krakau und Warschau zusammen. Die Krakauer Mannschaft war entschieden der Warschauer überlegen. Krakau siegt im Verhältnis von 8:1 (3:1). Das Ehrentor für Warschau schoß Loth II.

In Lemberg:

Pogoń — Varsovie 2:1 (0:0)

In Thorn:

Warta (Posen) — T. K. S. 2:0 (1:0)

Ł. K. S. siegt in Königshütte.

Der Lodzer Meister spielte am Sonntag in Königshütte gegen den oberschlesischen Meister. Die Amateure, die auf ihrem Spielplatze bisher unbesiegt blieben, wurden von Ł. K. S. im Verhältnis von 3:0 (1:0) geschlagen. Die Tore für Lodz schossen Durka (1) und Alaszewski (2).

Kurze politische Nachrichten.

Klarner zum Minister für Handel und Industrie ernannt. Minister Kiedroń, ein Schwager des Ministerpräsidenten, hat sein Rücktrittsgesuch schneller eingereicht, als allgemein erwartet wurde. Zu seinem Nachfolger ist Vizeminister Czesław Klarner ernannt worden. Klarner zählte zu den tüchtigsten Mitarbeitern des Finanzministers.

Der Generalkommissar des Völkerbundes für Finanzfragen, Herr Zimmermann, ist in Warschau eingetroffen und wurde von Premierminister Grabski empfangen.

Unruhen in Portugal. Einige Mitglieder der roten Legion haben als Vergeltungsmaßnahme für die wegen der letzten Unruhen vor kurzem erfolgten Deportationen den Versuch unternommen, den Polizeikommandanten zu ermorden. Er wurde verwundet und gab Revolverschüsse ab, worauf die Angreifer die Flucht ergriffen. Das Kriegsrecht ist bis zum 31. Mai verlängert worden.

Anerkennung der deutschen Sprache. Die neue Verfassung für Südwestafrika sieht die Anerkennung der deutschen Sprache im Parlament und vor Gericht vor.

2000 Häuser in Japan niedergebrannt. In Kmuagapa, einer Stadt von 50 000 Einwohnern in Japan, brach ein Brand aus, wobei 2000 Wohnhäuser niedergebrannt sind. 25 000 Einwohner sind obdachlos.

Während der Feier des Geburtstages des Bürgermeisters der Stadt Hildesheim schlug am Sonntag der Blitz in eine Menschenmenge ein, wobei 5 Personen getötet und 18 schwer verwundet wurden.

Eine traurige Hochzeit. In Zundedy im Kaukasus entstand im Hause eines Grusiners Feuer, als gerade eine Hochzeit gefeiert wurde, an der 400 Personen teilnahmen. Das Haus ist niedergebrannt. 100 Personen sind verbrannt und viele erlitten schwere Brandwunden.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Der Parteirat der D. A. P.

Am Sonntag vormittag tagte der vom 2. Parteitag gewählte Parteirat der D. A. P. unter dem Vorsitz des Abg. Zerbe.

In den Hauptvorstand der Partei, der nunmehr aus 11 Personen bestehen soll, wurden gewählt: Abg. Kronig, Stv. Kuk, Stv. Seidler, Stv. Filbrich, G. Ewald, E. Seibt, E. Kociolek, A. Zerbe, A. Weggi-Tomaschow und Stv R. Klim.

Hierauf wurden die Beschlüsse des Parteitages besprochen und deren Ausführung dem Hauptvorstande übertragen. Eine Debatte rief die Angelegenheit der Vereinheitlichung der Krankenkassenpolitik der D. A. P. hervor. Besprochen wurde auch die eventuelle Beteiligung der D.A.P. am Pabianicer Magistrat.

Von der Lodzer Ortsgruppe. In der letzten Sitzung des Ortsvorstandes wurde Gustav Ewald zum Vorsitzenden des Ortsvorstandes gewählt.

Die Peitsche.

Blitzlichtbilderbogen aus der Lodzer Kommunalwirtschaft.

Die nachfolgenden drei Blitzlichtbilderchen, die in einer der letzten Budgetkommission des Lodzer Stadtrats aufgenommen wurden, illustrieren die Wirtschaft des Chjena-N.P.R.-Magistrats und werfen gleichzeitig ein bezeichnendes Licht auf die Zusammenarbeit der einzelnen Parteien und Stadtverordneten der „national-polnischen Mehrheit". Sie beweisen auch, daß es im Lodzer „Staate Dänemark" sehr faul, oberfaul ist.

Der verunglückte Platzankauf.

An der Stelle, an der heute der Bahnhofspark an der Narutowiczastraße liegt, soll das städtische polnische Theater aufgebaut werden. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten erklärte, die Baupläne nicht eher bestätigen zu können, bis nicht von der Seite Skladowa—Skwerowastraße ein freier Platz zum Theatergebäude gehören wird, damit für den Fall eines Brandes, das Publikum auch durch die Hinterausgänge ins Freie gelangen kann.

Um diese Bedingungen zu erfüllen, setzte sich der Magistrat mit den Besitzern des Grundstückes, den Erben Sulikowski, in Verbindung. Den Platz billig zu kaufen oder ihn gar zu enteignen, ging nicht, da die Besitzer weder Deutsche noch Juden waren. Sie sind kristallklare Polen, die denselben politischen Endecja-Gott anbeten, wie unser Magistratsoberhaupt. Und solchen Bürgern mit einer Enteignung oder mit der Forderung zu kommen, „angesichts des guten Zweckes einen billigen Preis zu machen", ist bekanntlich unmöglich. Der Patriotismus und die Vaterlandsliebe sind eine Sache, eine sehr schöne Sache, aber ein guter Preis für ein Grundstück, also ein schönes Häuflein neuer Zlotybanknoten ist eine noch viel schönere Sache. Und so forderten denn die Besitzer den nicht gerade kleinen Preis von 25 Zloty für den Quadratmeter. Multipliziert in 1056 Quadratmeter machte der Preis die Kleinigkeit von 25 900 Zloty.

Der Magistrat kam zusammen, hielt über die Summe hohen Rat und stellte fest, daß man die seelische Verwandtschaft der Besitzer des Grundstücks mit dem Magistrat wohl anerkennen müsse und deswegen das häßliche Wort „Enteignung" in diesem Falle nicht in den Mund nehmen dürfe. Aber was zuviel ist, ist zuviel. Und 25 900 Zloty sind wirklich zuviel, sagten sich die Herren vom Magistrat.

Es wurde ein großer Bleistift herangeholt und gerechnet. Der tatsächliche Marktpreis ist so zwischen 7 und 10 Zloty für den Quadratmeter. Plus 50 Prozent für die Zugehörigkeit zu demselben Gott. Plus 50 Prozent, weil man doch seinem „Glaubensgenossen" keine Enteignung anbieten kann. Macht also bei Zusammenaddierung 100 Prozent mehr. Eine mitfühlende Seele sah die Qual des Rechnenden und warf hin: „Geben wir 20 000 Zloty". Die Seele bekam Recht. Und man bot am nächsten Tage den volkstreuen Erben die zwei Zehner.

Die volkstreuen Erben aber sagten nein. Sie wären eine solide, eine rein christliche Firma, bei der man nichts abhandeln könne. Sie hätten feste Preise.

In dieser Not sprang der Vorsitzende des Theaterbaukomitees Direktor Golc vom Elektrizitätswerke (beileibe Golc nicht mit tz am Ende! Die Zeiten sind vorüber. Anmerk. des Setzerlehrlings.) ein und erklärte, die Pastete zu retten. Seine Elektrizitätsgesellschaft werde, obwohl ihr Geschäftsgang jetzt schlecht ist und die Tage immer länger werden, die strittigen 5900 Zl. zulegen. Dadurch erhalten beide Teile ihren Glauben wieder zurück: der Magistrat, daß die volkstreuen Erben tatsächlich feste Preise haben, und die volkstreuen Erben, daß es dennoch etwas einbringt, „Glaubensgenossen" im Magistrat zu haben. Der Kauf wurde abgeschlossen und 10 000 Zloty angezahlt.

Und hier beginnt die große Tragödie.

Die Budgetkommission, die schließlich ebenfalls in der Mehrheit aus der „nationalen Familie" besteht, schüttelte bedenklich das Haupt. 25 Zloty für einen Quadratmeter? So etwas kenne sie nicht! Keine Enteignung? Ja, Kuchen! Wir von der N. P. R. und von der Chadecja sind auch noch dabei und haben unseren eigenen Gott. Er ist dem Endecja-Gott zwar ähnlich, aber doch nicht derselbe. Es folgte ein Antrag: „Rücksichtslos enteignen!" Er erhielt eine Stimme Mehrheit. Der Obermagistratsherr erklärte, daß dann die 10 000 Zl. Anzahlung flöten gingen! Nichts half! „Ihr werdet für die 10 000 Zloty büßen!" hieß die Antwort.

Der Vorsitzende meldet monoton, auf die Blamage und dieses Mißtrauensvotum des Magistrats nicht achtend: „Meine Herren, der nächste Punkt."

* * *

Der geächtete Kosciuszko.

Die Sache referiert der Präsident.

Es handelt sich darum, daß an der Konstantynower Landstraße ein Volkspark entstehen soll, der noch nicht benamst ist.

Schon seit Monaten befindet man sich auf der Suche nach einem Namen. Die Entscheidung ist schwer, da es der Heiligen viel gibt und einer immer schöner und ehrenswerter als der andere ist. Der Schöffe Bednarczyk bezw. die Wirtschaftsabteilung hat dieser Herumsucherei genug gehabt. Der Herr Schöffe „entdeckte" nämlich ein Kosciuszkopostament für ... 2500 Zl. bei einem hiesigen Bildhauer. Er kaufte es und bestimmte, daß es im Park an der Konstantiner Landstraße aufgestellt werden soll. Damit ist auch die Benamserei gelöst. Der Park heißt natürlich Kosciuszkopark. Lodz hat das erste Denkmal. Die Zugereisten und überhaupt alle Fremden werden sich über die Pietät der Lodzer Stadtverwaltung gegenüber Kosciuszko freuen. Und der Schöffe Bednarczyk selbst? Wird er dieses Kaufes wegen nicht einen Ehrenplatz in der Mitte derjenigen erhalten, deren Postamente im Laufe der Zeit noch in diesem Park zur Aufstellung gelangen?

Der Kosciuszko kommt vor das Plenum des Magistrats. 9 Magistratsmitglieder wollen ihn kaufen. Der Stadtpräsident will nicht. Er meint, man müsse sich das Ding vorher ansehen.

Es wird eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Präsidenten und zwei Fachleuten. Das Protokoll der Kommission lautete: Das soll Kosciuszko sein? Der Steinhaufe hat keinen künstlerischen Wert. Kosciuszko kann es sein, aber auch ruhig jeder andere Heilige, auch der hl. Florian. Wenn wir kaufen, sind wir bis auf die Knochen blamiert. Nur dann nicht, wenn wir darunter schreiben, daß das Denkmal nicht Kosciuszko, sondern Bednarczyk darstellt.

Der Magistrat wollte seinen Schöffen nicht desavouieren und beschloß zu kaufen (das Geld hatte der Verkäufer längst).

Die Budgetkommission hatte mit dem windelweich geprügelten Bednarczyk Mitleid und beschloß ebenfalls zu kaufen. Als Vorbedingung aber stellte sie: „Der Kosciuszko in dieser Ausführung darf unter keinen Umständen dort hingestellt werden, wo ihn ein Mensch sieht. Hübsch in die Rumpelkammer. Vergessen wir die Blamage." Eine Stimme: Und die zweieinhalb Mille Zloty? „Der Präsident und der Referent zugleich: „Meine Herren, vorher waren es 10 Mille, jetzt zweieinhalb! Unser Magistrat hat eben keine glückliche Hand!"

O du armer, steuerblechender Bürger!

Der Vorsitzende: „Meine Herren, die nächste Sache."

* * *

„Wollt ihr uns die Stadt wegbrennen?"

Stadtvater Nowacki von der Endecja, ein alter Lodzer, früherer Privatsekretär des verstorbenen alten Kunitzer, der unter seinen Parteigenossen als räudiges Schaf gilt, weil er zu gern die Wahrheit spricht, begründet seinen Antrag. Es geht darum, unserer Feuerwehr aus dem Stadtsäckel monatlich 15 000 Zloty zuzuschießen, weil die Feuerwehr in eine schiefe Seitengasse geraten ist. Die Fabrikanten haben kategorisch erklärt, nicht mehr, wie bisher, 15 Prozent von der Versicherungssumme an die Feuerwehr zu zahlen, sondern nur 10 Zloty von 100. Dadurch hat das Budget der Feuerwehr ein Loch. Und weil doch der heutige Magistrat gegen die Fabrikanten nicht kämpfen kann und auch nicht will, so muß die Stadt helfen. Daß gezahlt werden soll, und zwar 15 000 Zl. monatlich, darüber sind sich alle Stadtväter einig. Der Unterschied liegt nur darin, daß Nowacki das Geld vom Januar ab fordert, seine Gegner aus der national-polnischen Mehrheit (Chadecja und N. P. R.) aber erst vom 1. Mai zahlen wollen. Dabei sagt Stv. Waszkiewicz (N. P. R.): „Wenn wir schon zahlen sollen, so beantrage ich, daß der Magistrat in der Feuerwehrverwaltung einen Sitz bekommt, um zu sehen, wo sein Geld bleibt."

Dies geht Nowacki über die Hutschnur. Er kann eine derartige Einmischung des Magistrats in die Feuerwehrverwaltung nicht leiden, bittet um das Wort und erklärt:

„Meine Herren! Sind Sie des Teufels? Sie wollen ein Magistratsmitglied, eines unserer Lodzer Magistratsmitglieder in die Feuerwehrverwaltung entsenden? Haben wir nicht schon gerade genug Unglück in der Stadt? Wollen Sie die Stadt niederbrennen lassen? Hat eines unserer heutigen Magistratsmitglieder jemals auf dem Posten, auf den es gestellt wurde, für die Stadt Nützliches getan? Ich will Ihnen diese segensreiche Tätigkeit aufzählen!

Also: Wir schickten einen Vertreter des Magistrats in die Straßenbahngesellschaft. Das Resultat seiner Arbeit war, daß die Karten teurer wurden.

Wir schickten denselben nach der Gasanstalt. Das Resultat seiner Tätigkeit: Die Gasanstalt stürzt ein.

Wir schickten einen nach dem Elektrizitätswerk. Das Resultat: Er verschacherte das Werk an die gefärbten Schweizer.

Und heute wollen sie ihn nach der Feuerwehr schicken, damit die Stadt niederbrenne?! Ich warne!"

Magistrat und Mehrheit hatten während der Rede steife Gesichter bekommen. Die Opposition lachte und schlug Beifall.

* * *

Weitere Bilderbogen, vielleicht noch schönere, sollen angefertigt werden.

O jerum.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kut. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Reklamationen

wegen unpünktlicher Zustellung der „Lodzer Volkszeitung" sind an die Geschäftsstelle, Zamenhofstr. 17/III, zu richten.

Die Geschäftsstelle ist mit allen Kräften bemüht, diese Unregelmäßigkeiten zu beseitigen.

Verlag der „Lodzer Volkszeitung"

Christlicher Commisverein z. g. U.

Aleje Kosciuszki 21.

Christlicher Commisverein z. g. U. in Lodz 1907

Donnerstag, den 4. Juni, findet im Vereinslokale, um 8½ Uhr abends, im ersten Termin die ordentliche

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung und der Rechenschaftsberichte der Verwaltung, der Kommissionen und Sektionen des Vereins. 2. Entlastung der Verwaltung. 3. Ergänzungswahlen laut § 22 der Statuten. 4. Freie Anträge, die statutengemäß bis zum 25. Mai schriftlich der Verwaltung einzureichen sind.

Anmerkung. Sollte die Versammlung wegen ungenügender Zahl der Erschienenen im ersten Termin nicht beschlußfähig sein, so findet sie am gleichen Tage um 9½ Uhr abends im zweiten Termin statt und ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. — Es wird gebeten, die letzte Quittung oder Mitgliedskarte auf Verlangen am Eingang vorzeigen zu wollen.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht **Die Verwaltung.**

Verschiedene Sommerwaren,

Weißwaren in allen Sorten, Etamine gemustert und glatt, Hemdenzephire in jeder Preislage, Wollwaren für Kleider, Kostüme und Mäntel, Crep de chine in allen Farben, Satins glatt u. gemustert, Tücher, Handtücher, Plüsch- u. Waschdecken

empfiehlt **Emil Kahlert,** Lodz, Gluwna 41, Tel. 18-37.

Bei bedeutenderem Einkauf Rabatt. 755

Polnische

Schuhwaren-Konkurrenz

Cz. Błażejczyk

Lodz, Drewnowska 33.

Achtung: Rote Schilder.

Kaufen Sie nicht eher Schuhe, bevor Sie nicht die große Auswahl Schuhe zu Konkurrenzpreisen in meinem Lager besichtigt haben.

Ich besitze auf Lager eine große Auswahl von Damen-, Herren- und Kinderschuhen sowie Ledersandalen und Leinenschuhe für Damen und Herren.

Bestellungen werden zu Konkurrenzpreisen ausgeführt.

Drewnowska 33 — Rote Schilder.

Hochachtungsvoll

780 Cz. Błażejczyk.



Große Auswahl von Trauringen,

goldene und silberne Uhren modernst. Fassons, sowie Salon-, Zimmer- und Küchen-**Uhren**

Uhren- u. Juweliergeschäft **JAN CHMIEL**

Lodz, Petrikauer 100. Tel. 25-35. 771

Alle Reparaturen werden in eigen. Werkstätte ausgeführt.

Das Informationsbüro der Deutschen Arbeitspartei Polens

verfaßt

Eingaben und Beschwerden an die Finanz-, Militär-, Gerichts-, Administrations- und Kommunalbehörden; Gesuche und Reklamationen;

erteilt

Beratungen in Sachen der Einkommen-, Umsatz-, Vermögens- und Mietssteuer; Auskünfte in Wohnungs-, Rechts- und Krankenkassenangelegenheiten;

erledigt

Uebersetzungen von jeglicher Art Schriftstücken in Polnisch, Deutsch und Russisch; Abschriften auf der Maschine.

Zamenhofastr. 17. Telephon 36-90.

Bürostunden von 10 bis 2 Uhr mittags und von 4—7 Uhr abends.

Garten,

für Molkerei geeignet, zu vermieten. Panska-Straße 66. 791

Inserate

haben in der „Lodzer Volkszeitung" Erfolg!

Hindenburg in Berlin.

(Von unsrem Berliner T.L.-Korrespondenten.)

Am 11. Mai traf der neue Präsident der deutschen Republik in der Reichshauptstadt ein. Eine zahllose Menschenmenge begrüßte ihn mit Jubel und Begeisterung, Kinder streuten ihm Blumen auf den Weg, enthusiastische Patrioten riefen Heil und Hurra — ganz wie in Kriegszeiten. Die Straßen prangten in buntem Farbenschmuck— schwarzweißrote Fahnen neben dem Banner schwarzrotgold. Der nächste Tag brachte den Eid Hindenburgs, den er in die Hände des Reichstagspräsidenten, des Sozialisten Loebe, abgab.

Darauf empfing der neue Präsident Vertreter der Ministerien, denen gegenüber er seinen verfassungstreuen Standpunkt betonte.

So weit die nackten Tatsachen, die den Links- und Rechtsparteien vielerlei Ueberraschung boten. Die Rede, die Hindenburg nach seinem Eide hielt, war durch die starke Betonung seiner Treue zur Verfassung, zur Republik eine Enttäuschung für die Nationalisten. Der neue Präsident, der warme Worte über seinen verstorbenen Amtsvorgänger, Fritz Ebert, sagte, stellte ausdrücklich fest, daß er die Souveränität des Volkes anerkenne. Hindenburg legte Wert darauf, daß man ihn nur als Deutschen betrachte, der von Deutschen an die Spitze der Republik gestellt wurde.

Ist dieses Bekenntnis ehrlich gemeint, so dürfte das deutsche Volk vernünftiges Walten im Lande selbst, Schutz der arbeitenden Masse, unter Hintenansetzung von Privilegien zugunsten einzelner Kreise erwarten. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die Ludendorffs und Tirpitz' nicht die Ratgeber des Reichspräsidenten sein werden.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Zukunft, das gedeihliche Entfalten in wirtschaftlicher wie kultureller Beziehung des deutschen Volkes gesichert, denn nur die sichere Grundlage der Republik, der Weimarer Verfassung gewährleistet den inneren und äußeren Frieden.

Dies zu verwirklichen versprach Hindenburg mit seinem Eide. Das deutsche Volk erwartet von seinem Präsidenten nunmehr die loyale Erfüllung seines Wortes — zum Wohl der deutschen Republik.

Alles Revolutionieren in der äußern Wirklichkeit bleibt selbst äußerlich und verläuft im Sande, wenn es dem Geist nicht gelingt, ebenso sehr mit der historisch überlieferten Welt des geistigen Innern fertig zu werden, sein neues Prinzip durch alle ihre Instanzen und Gebiete durchzuführen und sie von neuem aus ihm aufzubauen.

Lassalle.

Schöne Worte...

Das Programm des neuen Sejmklubs.

Der „Klub der Arbeit", wie sich die neue Partei Thugutts im Sejm nennt, hat sein Programm veröffentlicht. Aus dem Programm sind die Stellen erwähnenswert, die die Minderheiten sowie die Grenzen Polens betreffen. Was die Minderheiten anbelangt, so heißt es in dem Programm: „Frei ist nur derjenige, der die Freiheit der anderen zu würdigen weiß. Der „Klub der Arbeit" wird danach streben, daß alle Nationalitäten die Rechte zuerkannt erhalten, die ihnen die Konstitution verbürgt. Denn man kann solange von einer Sicherheit Polens nicht sprechen, solange ein Drittel der Bürger des polnischen Staates sich als eines Teils der Rechte beraubt betrachtet."

Der „Klub der Arbeit" tritt für ein großes Polen ein, das nicht nur an Gebieten, sondern auch groß und reich an Ideen ist. Die Grenzen des Staates müssen bestehen bleiben, doch müsse man mit den Nachbarländern in ein gutnachbarliches Verhältnis zu treten versuchen.

Das Programm, das sich die neue Partei gegeben hat, ist gar nicht so übel. Doch fürchten wir, daß es nur bei den Worten bleiben wird. Sollen den Worten Taten folgen, so müßte sich Thugutt von den Kollegen Smulski, Ratajski und Konsorten wie am schnellsten verabschieden, denn mit diesen Herrschaften ist es unmöglich, über Forderungen der Demokratie und des Fortschritts zu sprechen.

Franzosen gegen die Rheinbesetzung.

Feldzug der Linkspresse gegen die Militärherrschaft.

Die französische Linkspresse beschäftigt sich seit einigen Tagen sehr eingehend mit den Mißständen, die bei der Besatzungsbehörde der Rheinlande herrschen. Obwohl der Skandal der Separatistenbewegung diese Mißstände in grellstem Lichte gezeigt habe, sei von der französischen Regierung nichts geschehen, um sie zu beseitigen. Zwei Forderungen sind es, die der „Quotidien" an die Regierung stellt: Ersatz der Militärbehörde durch eine Zivilbehörde und Ablösung der reaktionären Beamten durch Republikaner. Es sei denn ein Unding, so schreibt das Blatt, daß das republikanische Frankreich im Rheinland noch immer von den Beamten des Nationalen Blocks regiert werde, durch die sich Frankreich in der Separatistenbewegung auf das schändlichste bloßgestellt habe.

Dieser Feldzug des „Quotidien" wird durch die „Ere Nouvelle" unterstützt, die am Mittwoch zur Charakterisierung der Besatzungsbehörde typische Beispiele anführte. Die Verschwendungssucht der französischen Beamten im Rheinlande, die seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes nicht nur das deutsche, sondern auch das französische Budget belaste, sei ungeheuer. Als besonders bezeichnend für das Auftreten der Besatzungsbeamten bezeichnet das Blatt den Fall des Generaldelegierten Roussellers. Für dessen 13jährigen Sohn, der nur im Auto der Hohen Kommission zur Schule fahre, seien auf Staatskosten ein Reit- und ein Fechtlehrer angestellt worden, deren Gehälter Frankreich zur Last fallen. Das Rheinland gleich einer Pfründe, die auf Kosten des Deutschen Reiches und der französischen Republik ausgeschlachtet werde. Im Augenblick, wo der französische Finanzminister das Sanierungsprogramm der französischen Finanzen ausarbeite, sei es an ihm, über diese Zustände vorstellig zu werden.

Barmat aus der Haft entlassen.

Auf eine Beschwerde der Rechtsbeistände Julius Barmats beschloß der Strafsenat, ihn aus der Untersuchungshaft gegen eine Kaution von 200 000 Mark zu entlassen. Dieser Umstand kennzeichnet am besten die Haltlosigkeit der vor einem halben Jahr gewaltig aufgebauschten Beschuldigungen. Man erkennt heute mehr und mehr den politischen Charakter der Angelegenheit. Es ist zu erwarten, daß die kommende Gerichtsverhandlung auch einen Blick hinter den Kulissen der ganzen Affäre wird werfen lassen, und die Verantwortungslosigkeit gewisser rechtsorientierter Politiker kennzeichnen wird, die selbst vor so skrupellosen Methoden nicht zurückschrecken, um eine Waffe im Kampf gegen ihre Gegner zu erhalten.

Die „Todesstrahlen". — Dichtung oder Wahrheit?

Das Handelsdepartement in Washington erhielt dieser Tage einen Bericht des amerikanischen Handelskommissars in Deutschland, William Daugherty, worin dieser dem Handelsamt über die „Todesstrahlen" eines deutschen Erfinders Mitteilung macht. Diese neuen X-Strahlen führen uach ihrem Erfinder den Namen „Heliotraub" und sollen unvergleichlich wirkungsvoller sein als die „Todesstrahlen" des Engländers Grindell Matthews, der seine Erfindung bekanntlich an die Vereinigten Staaten verkauft hat. In dem Bericht des amerikanischen Handelskommissars in Deutschland wird behauptet, daß die neue deutsche Erfindung, die Heliotraub-Strahlen, die Kraft besitzen, feindliche Aeroplane in der Luft in beliebiger Zahl bis zu einer Höhe von 10 000 Meter zu vernichten. Danach wäre es mittels der Heliotraub-Strahlen möglich, jedes feindliche Flugzeuggeschwader in der Luft mit absoluter Sicherheit zu zerstören. Das amerikanische Kriegsministerium interessiert sich angeblich lebhaft für die neuen deutschen „Todesstrahlen".

Welche Länder haben das Frauenstimmrecht?

Das Frauenstimmrecht ist viel weniger verbreitet, als man gewöhnlich annimmt. Von den größeren Ländern Europas haben nur Deutschland, Polen und die drei nordischen Reiche ein uneingeschränktes Frauenstimmrecht. In England sind die Frauen erst vom 30. Lebensjahr an stimmberechtigt, in Frankreich und Italien überhaupt noch nicht. Die Frauenorganisationen dieser Länder führen im Augenblick einen anscheinend nicht erfolglosen Kampf für das Frauenstimmrecht, so daß es bald wohl überall eingeführt sein dürfte.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(71. Fortsetzung.)

Eine Aenderung der Schaltung war dazu notwendig. Der Energiestrom, der vom Ziel reflektiert wurde und das Bild auf der Mattscheibe erzeugte, mußte von der Hauptenergie abgezweigt werden. Widerstände waren einzubauen, die diesen Nebenstrom automatisch so schwach hielten, daß er das Bild nicht sprengte, die Mattscheibe nicht fraß. Es bedurfte mancher Tage, um die neuen Ideen praktisch auszuführen.

Erik Truwor war die treibende Kraft. Er stand vor dem Amboß, das Antlitz von der Glut des Feuers gerötet, und schmiedete die für den Neubau nötigen Stücke. Die Funken umsprühten ihn, während er den Hammer schwang und das glühende Eisen formte. Als Schlosser, Dreher und Mechaniker in einer Person arbeitete Silvester. Er feilte, schnitt und schliff und hörte dabei die Worte Erik Truwors.

Wie ein Prophet sprach Erik Truwor von der Zukunft, die er nach seinem Willen formen wollte.

„Von Mitternacht kommt die Macht." Oefter als einmal fiel das Wort von seinen Lippen, während er einem Schmiedestück mit wuchtigen Hieben die letzte Form gab. Machtgefühl klang aus den Schlägen, mit denen er den Hammer auf den Amboß schmetterte, daß es weithin durch die Eishallen dröhnte.

Silvester hörte nur mit halbem Ohr hin. Er war unruhig bei der Arbeit, und seine Gedanken weilten in weiter Ferne. Wohl hatten ihn die Worte Atmas vorübergehend beruhigt. Doch zufrieden würde er erst sein, wenn Aetherschwingungen und Elektronenbewegungen Janes Bild wieder bis an den Pol führten und seine Stimme über Spitzbergen und Skandinavien bis in das stille Gemach nach Düsseldorf brächten. Er lechzte danach, sein junges Weib zu sehen, mit ihr zu sprechen, und arbeitete hastig und freudlos an dem Neubau, zu dessen schneller Ausführung Erik Truwor ihn zwang. Die Ruhestunden während der langen hellen Polnacht benutzte er, um auf dem Gipfel des Berges die Antennen für die drahtlose Station zu ziehen.

* * *

Nur eine schwere seelische Erschütterung kann den Riegel zerbrechen. Dr. Glossin wußte es. Darum hatte er Jane das Zeitungsblatt mit der Nachricht über die Katastrophe von Linnais gegeben. Im letzten Moment, als der Riegel wankte, als er brechen wollte, hatte Atma eingegriffen. Seiner Kraft war es gelungen, die Verriegelungen noch einmal zu halten und zu schließen. Aber sie hatte durch den schweren Angriff Glossins eine Beschädigung erlitten. Ein zweiter unvermuteter Stoß konnte sie leicht sprengen.

Einstweilen war Jane beruhigt. In jenem Moment, als sie unter dem niederschmetternden Eindruck der Nachricht von Linnais halb ohnmächtig in den Armen Glossins hing, war es plötzlich wie eine feste und unumstößliche Gewißheit durch ihre Seele gegangen: Silvester lebt. Er ist mit seinen Freunden geborgen. Ich werde bald von ihm hören. Es war die telepathische Beeinflussung der Inders, die ihr diese Zuversicht gab, die sie instand setzte, die Worte Glossins zu belächeln, ihm ihre andere bessere Ueberzeugung entgegenzuhalten.

Dr. Glossin hatte das Haus Termölen verlassen. Niedergeschlagen, innerlich zerrissen. Er fühlte alle seine Stützen wankend werden.

Seitdem sich Cyrus Stonard mit dem Gedanken des Krieges gegen das britische Weltreich trug, lag in Glossins Unterbewußtsein das Empfinden, daß der Präsident-Diktator um seine Herrschaft, vielleicht sogar um seinen Kopf spielte. Es blieb ihm selbst verborgen und unbewußt, bis der leidenschaftliche Ausbruch des Diktators es ans Licht rief. Jetzt empfand er es von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde deutlicher. Der Stern Cyrus Stonards war im Sinken. Es war Zeit, sich von ihm zu trennen. Für einen Charakter wie Glossin aber war die Trennung gleichbedeutend mit Verrat, mit dem Uebergang zur anderen Partei.

Er dachte nicht mehr daran, den Auftrag Cyrus Stonards zu erfüllen. Mochte der Diktator die drei selber fangen, wenn er sie haben wollte. Aber Jane wollte und mußte er unter allen Umständen in seine Gewalt, auf seine Seite bringen, kostete es, was es wolle. Es war ihm nicht geglückt, den Riegel im ersten Ansturm zu sprengen. Kein Wunder, wenn eine hypnotische Kraft wie diejenige Atmas ihn gefügt hatte. Aber Dr. Glossin wußte auch, daß jeder Angriff die Verriegelung schwächte, daß sie doch eines Tages brechen mußte, wenn sie nicht ständig erneuert wurde. Er beschloß, vorläufig in Düsseldorf zu bleiben, das Haus, in welchem Jane wohnte, zu beobachten, die nächste Gelegenheit abzupassen und auszunutzen.

Die vierte Nachmittagsstunde kam heran, die Zeit, zu welcher Silvester mit Jane zu sprechen pflegte. Wie gewöhnlich setzte sie sich an den Apparat und hielt den Hörer erwartungsvoll an das Ohr.

Nur noch Sekunden, dann mußte die Stimme Silvesters zu ihr dringen. Dann würde sie aus seinem eigenen Munde hören, wie der Brand in Linnais verlaufen war und wo er sich jetzt mit seinen Freunden befand.

Jane saß und harrte auf die erlösenden Worte. Wartete, während die Sekunden sich zu Minuten häuften und aus den Minuten Viertelstunden wurden.

Der Apparat blieb stumm. Nur das leichte Rauschen der Elektronenverstärker war an der Telephonmembrane zu hören.

(Fortsetzung folgt.)

Wo bleibt die Hilfe für die Arbeitslosen?

Aus der Rede des Abg. Franz zum Budget des Arbeitsministeriums.

Das Budget des Ministers für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge für das Jahr 1924 betrug nicht ganz 1 Proz. des Gesamtbudgets. Für die gesamte Arbeitnehmerschaft, Kopf- wie Handarbeiter, bedeutete das soviel wie: für euch Arbeitnehmer hat die Regierung nicht viel übrig, für eure soziale Forderungen hat sie noch kein Verständnis.

Das Budget des Ministers für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge für das Jahr 1925 steht auf demselben Niveau wie das für 1924. Somit steht Polen in bezug auf Arbeitsschutz und soziale Fürsorge unter allen Kulturstaaten an letzter Stelle.

Durch das im Vorjahre in Kraft getretene Arbeitslosenversicherungsgesetz ist wohl ein kleiner Schritt für die Handarbeiter nach vorwärts gemacht worden, und man konnte annehmen, daß es nun mit kräftigen Schritten weiter vorwärts gehen wird. Doch das Ministerium für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge scheint seit dieser Zeit die Beine verloren zu haben, denn es steht noch auf demselben Fleck, auf dem es im Vorjahre gestanden hat. Ganz im Gegenteil zum Finanzministerium, das mit kräftigen Schritten auf die Geldbeutel der Arbeiter und Angestellten losmarschiert. Handelt es sich darum, die Staatskassen zu füllen, so geht man an dem Arbeiter und Angestellten nicht achtlos vorüber, sondern dreht alle seine Taschen um und untersucht jeden Winkel, damit nicht ein Groschen darin bleibt, den man ihm abnehmen kann. Das beweisen am besten die indirekten Steuern, die den Arbeiter und Angestellten am meisten, am schwersten belasten.

Mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz hat die Regierung versucht, den notleidenden Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Es hat sich aber gezeigt, daß die Hilfe ungenügend ist und ganz bedeutend verstärkt werden muß. Beinahe 200 000 Arbeiter liegen heut auf der Straße und sind von jeglichem Verdienst abgeschnitten. Die geringe Arbeitslosenunterstützung reicht nicht aus, um das tägliche Brot zu erwerben. Neben diesen 200 000 Arbeitslosen sind heut 60 000 Familienangehörige der

bittersten Not

ausgesetzt.

Wer einen Einblick in das Leben dieser Familien getan hat, hat dort die allertraurigsten Verhältnisse gesehen.

Eine Zählung der Lungenkranken unter den Arbeitslosen und ihren Familien, besonders der lungenkranken Kinder, würde, nach Aussage von Aerzten, die schrecklichsten Zahlen ergeben. Soll die Katastrophe vermieden werden, so wird es Aufgabe der Regierung sein, besonders die lungenkranken Kinder der Arbeitslosen in diesem Sommer in Lungenheilanstalten unterzubringen.

Die Frage des Arbeitsschutzes und der sozialen Fürsorge ist für den Staat eines der wichtigsten und folgenschwersten Probleme. Von dieser Frage hängt das Wohl und Wehe des Staates ab.

Besonders vernachlässigt sind auf diesem Gebiete die geistigen Arbeiter, die Angestellten. Obwohl auch sie unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, sind sie bisher vom Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht erfaßt und sind auf die Unterstützung ihrer Organisationen angewiesen.

Nach der Verfassung haben alle Bürger gleichen Anspruch auf staatliche Fürsorge, trotzdem hat man die Angestellten von der staatlichen Fürsorge bisher ausgeschlossen. Pflicht des Staates ist es, alle jene Vorsorgen zu treffen, um den Angestellten für den Fall des Alters, der Krankheit, der Invalidität und dessen Angehörige für den Fall des Verlustes des Ernährers zu sichern und zu schützen. Aus diesem Grunde fordern die Angestellten die endliche Erlassung eines für die ganze Republik Polens einheitlichen Gesetzes, welches den alten, bezw. erwerbsunfähigen Angestellten, sowie den Witwen und Waisen nach verstorbenen Angestellten den Genuß zeitensprechender, den Bedürfnissen angemessener Versorgungsrenten sichert.

Die Angestellten fordern weiterhin den Ausbau dieses Gesetzes zu einem Sozialversicherungsgesetz, welches den Angestellten auch die staatliche Fürsorge für den Fall von Krankheiten, Unfällen usw. sichert.

Wir sehen, daß das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge den geistigen Arbeitern noch sehr viel schuldig ist. Die Angestellten erwarten von dem Ministerium, daß es den gewiß bescheidenen Forderungen nachkommt und die für die gesamte Angestelltenschaft notwendigen Gesetze dem Sejm in Kürze vorlegt. Andernfalls müßte die gesamte Angestelltenschaft Polens das Vertrauen zum Ministerium für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge, wie überhaupt zur Regierung verlieren.

Das Wesen der Astrologie.

Die Astrologie oder Sterndeutekunst ist die Wissenschaft von den Einflüssen der Himmelskörper auf das Leben der Erdbewohner. Sie stützt sich auf feststehende kosmische Gesetze.

Das erste Volk, das den Einfluß der Gestirn-Konstellationen auf das Naturleben und die Menschenschicksale wahrnahm, waren die Chaldäer. Von diesen gelangte die Wissenschaft zu den Babyloniern und Aegyptern, von denen sie die Juden übernahmen. Es wird uns deshalb nicht überraschen, in der Bibel Stellen zu finden, die auf die Astrologie hinweisen. Die römischen Kaiser Septimus Severus und Alexander Severus unterhielten öffentliche Lehrer der Sterndeutekunst. Auch unter den Arabern und Mohammedanern stand diese Kunst in großem Ansehen. Weiter finden wir unter den Päpsten eifrige Anhänger dieser Wissenschaft, so waren beispielsweise die Päpste Sylvester II, Johann XX und Johann XXI begeisterte Astrologen. Im Mittelalter waren ihr Kaiser und Könige ergeben. Während sie später allmählig von der Astronomie verdrängt wurde. In der letzten Zeit erwirbt sie sich wieder größere Anerkennung. Viel hat dazu die Entdeckung neuer Lichtstrahlen und das Studium der Wirkung der verschiedenen Strahlenarten auf das Pflanzen- und Tierleben beigetragen. Es gibt heute sicher keinen intelligenten Menschen, der die eminenten Wirkungen der Röntgen- und Radiumstrahlen sowie der ultravioletten und ultraroten Strahlen leugnen würde.

Die sieben Planeten unseres Sonnensystems: Sonne, Mond, Saturn, Jupiter, Mars, Venus, Merkur und die erst in neuerer Zeit einbezogenen Neptun und Uranus sowie die zwölf Zeichen des Tierkreises oder Zodiakalzeichen üben ihren Einfluß auf den Menschen während seines ganzen Lebens aus, am stärksten jedoch in der Geburtsstunde, wo das Kind zum ersten Mal mit der umgebenden Luftschicht in direkte Berührung kommt und sein zartes Nervensystem von einem bestimmten Strahlengemisch der Gestirne empfindlich getroffen wird. Dieser Zeitpunkt ist für das Kind von bestimmendem Einfluß für sein ganzes Leben. Sein Nervensystem erhält damit sozusagen einen Stempel aufgedrückt, der für sein Schicksal entscheidend ist. Zu bemerkrn ist hier allerdings, daß erst die sogenannte Jahresrevolution endgültig über einzutreffende Ereignisse den entscheidenden Ausschlag gibt, wenn sie mit dem Grundhoroskop übereinstimmt, bzw. die daselbst festgelegten Neigungen bestätigt, andernfalls wird das im Grundhoroskop verzeichnete Ereignis abgeschwächt oder auch ganz aufgehoben und das erhoffte oder befürchtete Ereignis trifft dann gar nicht oder nur in abgeschwächter Form ein. Die Astrologen erklären auch, daß die Astrologie kein unumstößliches Fatum predigen will und haben ihre diesbezügliche Meinung in folgende Sätze geprägt: „Die Sterne machen nur geneigt, aber sie zwingen nicht" und „Die Gestirne beherrschen das Schicksal, der Weise aber regiert die Sterne".

Zur Herstellung eines Horoskops wird das Himmelsgewölbe in 12 Himmelshäuser geteilt. Das 1. Haus bestimmt die äußere Erscheinung und die Gemütsart einer Person, das 2. Haus regiert die finanziellen Angelegenheiten usw.

Es gibt drei Methoden des Horoskopierens, die inäquale, die äquale und die tabellarische. Die erste Methode ist die genaueste, erfordert jedoch gründliche Kenntnisse; die zweite Methode ist ungenauer, weil sie alle Himmelshäuser zu 30 Grad annimmt, was in Wirklichkeit unzutreffend ist; die tabellarische Methode behandelt nur das erste Haus des Horoskops und auch dieses ungenau, weil sie nur den Jahresregenten und das betreffende Zodiakalzeichen in Betracht zieht, obgleich es vielfach vorkommt, daß sich in einem Hause mehrere Planeten aufhalten und andere Himmelshäuser ohne Planeten verbleiben.

Weitere Unregelmäßigkeiten bei der tabellarischen Methode können besonders dann entstehen, wenn die Geburtstage in die Grenztermine der Zodiakalzeichen oder in deren nächste Nähe fallen. Da die einzelnen Himmelshäuser von dauernd schwankender und ungleicher Größe sind, die tabellarische Methode aber alle durchweg zu 30 Grad annimmt, so kommt es bei tabellarischer Schlußfolgerung eben oft vor, daß in Grenztermine fallende Geburtstage irrtümlich dem benachbarten Zodiakalzeichen zugerechnet werden, was dann natürlich zur Folge hat, daß das entworfene Charakterblid nicht ganz stimmt.

R.

Der Film im Dienste einer Erpresserbande.

Die Neuyorker Blätter berichten von einer aufsehenerregenden Skandalaffäre in der Filmstadt Hollywood bei Los Angeles. Die 24jährige Filmschauspielerin Justine Valse hat den Polizeibehörden gestanden, daß sie von einem Filmunternehmen engagiert worden sei, sich, unter Ausnützung ihrer verblüffenden Aehnlichkeit mit Pola Negri, in unzüchtigen Stellungen filmen zu lassen. Es bestand der Plan, mittels dieser kompromittierenden Filme eine großangelegte Erpressung an Pola Negri vorzunehmen. Die Polizei verhaftete in Los Angeles vier Personen, die an diesem Erpressungsmanöver gegen die bekannte Filmschauspielerin mitgewirkt haben sollen.

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(Nachdruck verboten.)

(48. Fortsetzung.)

„Is ja alles Schwindel, was du mir da vorreden willst. Das Kleid is ja noch in der Mache, und mir fängt ganz was anderes zu schwanen an. Adele — is das am Ende die glänzende Partie, die du gemacht hast, daß du noch immer mit Schneidern dein Brot verdienen mußt? Da wär's ja wahrhaftig an der höchsten Zeit gewesen, daß ich kam, und da wollt ich doch mit deinem Leutnant ein Wort reden —"

Mit einem Aufschrei preßte Adele ihr die Hand auf den Mund.

„Mutter, ich bring mich um, wenn du davon nur ein einziges Wort zu ihm sagst. Ja, das Kleid ist für wen anders, aber nur als Gefälligkeit — Madame Eugenie — ich bin ihr zufällig begegnet, sie war in größter Verlegenheit, hat mich so gebeten — und da".

„Da lügst du nun das Blaue vom Himmel runter und kannst mir doch keinen Sand mehr in die Augen streu'n. Ich weiß genug. Und da muß ich mir's bieten lassen, daß so ein Herr Bruder auf der Straße an mir vorbeigeht und mir einen Blick zuwirft, als wär ich irgend ein altes Kuppelweib, das eigentlich ins Zuchthaus gehört. Aber bloß noch einmal soll er sich das wagen, bloß noch ein einziges Mal!"

Ihre Empörung sprach zu den tauben Wänden. Adele war wieder in die Stube hineingelaufen, auf den Balkon hinaus, und jetzt sah sie ihn, nach dem sie Ausschau hielt, langsam, gesenkten Kopfes die Straße heraufkommen. Im nächsten Augenblick war sie wieder in der Küche draußen.

„Er kommt. Mutter, sei mir nicht bös, tu mir die Liebe an und komm wieder. Ich bin so aufgeregt jetzt und du auch, und er — hat Verdrießlichkeiten gehabt und darum — bleib hier in der Küche, und wenn er da ist, dann —"

„Dann drück' ich mich heimlich. Nu nee, das mach' ich nicht. Erst will ich mir doch dein Ehestandsglück ein bißchen genauer ansehen, das ist einfach meine Mutterpflicht."

Und fest und stolz ging Frau Eberhardine wieder in die Wohnstube zurück und nahm mit schwiegermütterlicher Würde auf dem bequemsten der Sessel Platz.

„Wahr und wahrhaftig, Mutter, ich bring' mich um, wenn du nur ein Wort von alledem sagst, was wir miteinander geredet haben," raunte Adele ihr zu, dann huschte sie wieder auf den Flur hinaus, um an der Tür zu lauern, bis Heinz die Treppe heraufkam.

XIII.

Es eilte ihm nicht mit dem Heimkommen. Immer langsamer wurde sein Schritt, je mehr er sich dem Hause näherte, und tiefer noch grub sich auf seiner Stirn die Falte ein, die da stand, seit er dem Kreuzverhör des Stellungvermittelungsagenten hatte stillhalten müssen. Diese Fragen nach Namen, Alter, Stand, Kenntnissen und Leistungsfähigkeit! Er war ja darauf vorbereitet gewesen, hatte sich äußerlich mit starrem Gleichmut gewappnet und hatte doch kaum noch an sich zu halten vermocht bei dem neugierig spannenden Forschen, warum er den Dienst quittiert, ob vielleicht irgend ein heikler Grund dafür vorgelegen. Dann die Erkundigung, ob er Referenzen habe, das impertinente Achselzucken, als er verneinen mußte, und endlich das Aergste — das plötzliche Stutzen, das scharfe Fixieren des Agenten. —

Werneburgk — der Name hatte in der Geschäftswelt einen feinen Klang — ob er womöglich irgendwie verwandt sei mit dem Exporthause Werneburgk in L...?

„Nein", hatte er gesagt, als wäre das Wort ein Stein, den er zu Boden werfe.

Das Fixieren war unverschämter geworden.

Nicht? So. Andersrum wär' das freilich eine Prima Referenz, wenn sich einer auf die Verwandtschaft berufen könnte, respektive dürfte. Namentlich seit vor ein paar Wochen das Haus Werneburgk auch noch die Weltfirma Johann August Eisenhofer zum Schwiegervater gekriegt habe. Die Agentur stehe mit letzterer Firma in direkter Verbindung, habe ihr erst kürzlich für die Niederlassung in den Kolonien verschiedenes Personal besorgt. Ein gerasselter Leutnant sei auch darunter gewesen, ein kolossal forscher, schneidiger Kerl, der den schwarzen Halunken da drüben beim Tauschhandel gehörig auf die Finger passen werde.

Hell hinauslachen hätte Heinz mögen. So also kam ihm wieder einmal von seinem Elternhaus eine Kunde. So ward ihm die Botschaft, daß Lothar und Melanie Eisenhofer doch noch ein glückliches Paar geworden waren. Und über ihn, den Entgleisten, Ausgestrichenen, ging das Haus Werneburgk in fröhlichem Blühen und Gedeihen zur Tagesordnung über.

Er hörte nichts mehr von dem, was der Agent noch weiter sagte, ihn fragte, nickte nur kurz, als dieser etwas von Schreiben wollen oder gelegentlichem Wiederkommen sprach und ging. — Er raste kreuz und quer durch die Straßen, bis es ihm auf einmal ward, als habe er Blei in den Gliedern, und als habe die schneidende Novemberluft ihm das Hirn erstarrt. Da nahm er seinen letzten Nickel aus der Tasche, schwang sich auf die Trambahn und fuhr heim.

Nun war er in das Haus eingetreten, stieg schleppend Stufe um Stufe hinan. Wenn sie ihn nur jetzt droben allein ließ. Nur jetzt kein Fragen, keine forschenden Blicke, und wenn es zärtlichste Liebe war, die da forschte, fragte.

(Fortsetzung folgt.)